

Grundsätzlich unverdächtig - Für Freiheit und Sicherheit



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: BAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 29.09.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Unsere Welt wird immer bunter und vielseitiger – gleichzeitig gewinnen Diskurse über
2 „Sicherheitsgefühl“ und „Gefährder*innen“ immer mehr die Oberhand und in ganz Deutschland
3 wird mit den Verschärfungen der Polizeigesetze tief in unser aller Grundrechte eingegriffen.
4 Eine absolute Sicherheit ist dabei jedoch völlig illusorisch und niemals erreichbar, da
5 nicht allen möglichen Risiken vorgebeugt werden kann. Aufgabe des Staates ist es nicht nur,
6 den Schutz der Gesellschaft sicherzustellen, sondern auch die Grundrechte und die
7 Freiheitsausübung der Menschen zu achten und zu schützen. Zudem sind es insbesondere
8 unsere
9 Grundrechte, die allen Menschen Sicherheit geben. Gerade im Diskurs der Sicherheit bleibt
10 für uns eine freie Gesellschaft von oberster Priorität. In einer unfreien Gesellschaft ist
11 auch niemand sicher. Das betrifft nicht nur Möglichkeiten der freien Bewegung,
12 Meinungsfreiheit und Persönlichkeitsrechte; es muss vielmehr auch um eine Gesellschaft
13 gehen, die frei von Angst, Armut und Diskriminierung dem Ziel eines schönen Lebens für alle
14 näher kommt. Mit diesem Antrag wollen wir grundlegende Richtlinien für das künftige
15 Grundsatzprogramm und kommende Bundestagswahlprogramme festlegen.

16 Wenn Sinn und Zweck der Innenpolitik ist, eine Gesellschaft zu schaffen, in der Menschen
17 frei von Angst leben können, müssen wir Innenpolitik weiter denken, als nur die
18 Verbrechensbekämpfung. Ängste vor Armut, Arbeitsplatzverlust, Abstieg oder
19 gesellschaftlicher Ausgrenzung sind zentrale Motoren von Ungewissheit und Unsicherheit in
20 unserer Gesellschaft und damit innenpolitisch von zentraler Relevanz.

21 Kern unserer Politik ist dabei vor allem die wissenschaftliche Analyse und die Evaluierung
22 einer erfolgreichen Praxis. Wir lehnen jegliche Form von innenpolitischem Aktionismus ab,
23 genauso wie die oft selbstreferenzielle Politik nach dem Motto: „Das ist verboten, weil es
24 illegal ist.“ Daraus folgt auch, dass wir stetig daran arbeiten, Gesetze und Maßnahmen an
25 aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und objektiven Problemlagen auszurichten. Wir
26 werden uns immer an der aktuellen und konkreten Gefahrenlage orientieren und nicht
27 unreflektiert hypothetische oder unbegründete, abstrakte Gefahren zugrunde legen. Sind stets
28 nur hypothetische, aber unrealistische Gefahren die Basis für polizeiliches
29 Handeln, fehlt es nicht nur an einem wirksamen Schutz der Bevölkerung, sondern Grundrechte
30 werden auch grundlos eingeschränkt. Hierbei ist es insbesondere wichtig, dass sich die
31 Polizei mehr für die Wissenschaft öffnet. Analysen z. B. zu verfassungsfeindlichen
32 Einstellungen innerhalb der Polizei wurden seit Jahrzehnten nicht mehr durchgeführt. Es
33 braucht aber eine verlässliche Datengrundlage zum Umfang solcher Einstellungen in den
34 Sicherheitsbehörden, um wirkungsvolle Maßnahmen ergreifen zu können.

34 **Nicht nur Polizei und Kameras**

35 Vielen Politikfeldern kommt innenpolitische Relevanz zu. Besonders sehen wir das in den
36 Bereichen Sozial-, Demokratie- und Verkehrspolitik.

37 Sozialpolitische Maßnahmen innenpolitisch denken

38 Bisher wird in den Bereichen Innen- und Sozialpolitik häufig aneinander vorbei gearbeitet.
39 Insbesondere langfristig präventive sozialpolitische Aspekte, welche ein Kern guter
40 Innenpolitik sind, werden unzureichend berücksichtigt. Daher müssen sozialpolitische
41 Maßnahmen vor allem darauf überprüft werden, ob sie Menschen langfristig ein würdevolles
42 Leben ermöglichen, frei von Angst und Armut. Ein Beispiel hierfür ist die Wohnungspolitik.
43 Die zunehmende Gentrifizierung und die massiv steigenden Mieten in deutschen Innenstädten,
44 der Bau von Sozialwohnungen vor allem am Stadtrand und Diskriminierung bei der
Wohnungssuche
45 führen dazu, dass in vielen Stadtvierteln Benachteiligte
46 aufeinandertreffen und es zu einem aggressions- und angstfördernden Multiplikationseffekt
47 mit realen Auswirkungen auf die Sicherheitslage kommt.

48 Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Stärkung der Zivilgesellschaft

49 Gleichzeitig sind Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
50 zentrale Ursachen von Unsicherheit und Gewalt. Ob in der Schule, im Netz oder auf der
51 Straße: Rassistisches und menschenfeindliches Gedankengut ist immer noch tief in weiten
52 Teilen der Gesellschaft verankert. Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, dies klar zu
53 benennen. Denn nur so können wir gemeinsam mit vielen Akteur*innen und Organisationen die
54 grundlegenden Ursachen und Auswirkungen angehen. Jeden Tag arbeiten hunderttausende
Menschen
55 daran, Schutzräume für von Diskriminierung betroffene Menschen zu errichten,
56 Demokratiebildung voranzutreiben oder den Ausstieg aus der rechten Szene zu
57 ermöglichen. Ihnen gilt unsere Solidarität, mit ihnen wollen wir zusammenarbeiten. Dabei ist
58 für uns Demokratiebildung ein zentraler Baustein einer langfristig orientierten
59 Innenpolitik. „Dass Auschwitz nie wieder sei“ ist nicht nur Grundlage unserer Gedenk- und
60 Erinnerungskultur, sondern auch eine der
61 zentralen Grundlagen unserer Innenpolitik.

62 Verkehrspolitik und öffentliche Räume

63 Auch die Verkehrspolitik ist ein relevanter Baustein für eine ganzheitlich gedachte
64 Sicherheitspolitik. Mangelhafter Schutz für Radfahrende und zu Fuß Gehende, überhöhte
65 Geschwindigkeiten und letztlich auch die gesundheitsgefährdende Luftverschmutzung sind für
66 uns wesentliche Ansatzpunkte, um wirksam Gefahren zu reduzieren und so für mehr reale
67 Sicherheit zu sorgen. Hier braucht es klare Regeln, die am Wohl der Menschen orientiert
68 sind.

69 Die öffentlichen Transportmittel und Räume müssen wir in Hinblick auf objektive Risiken
70 untersuchen und umgestalten. Den Trend zu Automatisierung sehen wir kritisch, da dies dafür
71 sorgt, dass hilfebedürftige Menschen oft keine unmittelbaren Ansprechpartner*innen mehr
72 vorfinden.

73 **Für eine Neuordnung polizeilicher Arbeit - gegen den Trend der Autoritarisierung**

74 In den letzten Jahren sind, vor allem über polizeirechtliche Gesetzesvorhaben, immer neue
75 Formen von Grundrechtseingriffen legalisiert worden. Wir lehnen insbesondere die Neuordnung
76 des Gefahrenbegriffs ab. Wir fordern vielmehr, dass sich die polizeilichen
77 Eingriffsgrundlagen am Verhältnismäßigkeitsgrundsatz orientieren. Dazu müssen sie in einem
78 angemessenen Verhältnis zum Gebrauch der Freiheitsrechte stehen und auf einer sinnvollen
79 Risikoabwägung basieren. Wir lehnen daher Befugnisse ab, die den Kernbereich der
80 Persönlichkeit berühren oder bei denen dieses Risiko nicht vermieden werden kann. Auch
81 benötigen wir keine Maßnahmen, die die Polizei kaum nutzt und die nur einen abstrakten
82 Anwendungsbereich haben. Maßnahmen der Strafverfolgung haben im Gefahrenabwehrrecht
83 verloren und umgekehrt, da es sonst zu einer unsachgemäßen Vermischung von polizeilichen
84 Befugnissen kommt.

85 Mit der Vorverlagerung des Gefahrenbegriffs wie im Fall der „drohenden Gefahr“ werden
86 massive Grundrechtseingriffe anhand diffuser Vermutungen begründet und eine
87 Vergeheimdienstlichung der Polizei vorangetrieben. Gerade anlasslose Grundrechtseingriffe
88 und die immer weitergehende Vorverlagerung der Polizeiarbeit auf Zeitpunkte, in denen eine
89 konkrete Gefahr noch gar nicht eingetreten ist und noch nicht einmal absehbar ist, wann
90 diese eintreten wird, sind aus rechtsstaatlicher Sicht nicht tragbar. In diesen
91 Bestrebungen, immer mehr gesellschaftliche Bereiche für polizeiliche Befugnisse zu öffnen,
92 drückt sich ein Trend aus, der ein großes Risiko für unsere Grundrechtsausübung und eine
93 freiheitliche Gesellschaft ist: Wenn keine konkreten Risiken mehr zugrunde gelegt werden,
94 kann die Polizei nur noch ungewisse Prognosen gegenüber Personen, die vielleicht irgendwann,
95 irgendwie und irgendwo straffällig werden könnten, als Maßstab für teilweise schwerste
96 Grundrechtseingriffe zugrunde legen. Diese Prognosen sind weder gerichtlich ausreichend zu
97 kontrollieren, noch ist für uns alle ersichtlich, wann wir Ziel von polizeilichen
98 Informationseingriffen werden können. Selbst vorbildliches Verhalten kann nicht mehr
99 verhindern, dass man Ziel staatlicher Informationseingriffe wird, und alle Menschen werden
100 von der Polizei zunehmend als potenzielle Straftäter*innen und Gefahrenherde betrachtet.

101 Anlasslose Grundrechtseingriffe öffnen außerdem Tür und Tor dafür, dass Vorurteile und
102 Rassismus in die Auswahlentscheidung von Polizeibesetzten einfließen, denn jeder Mensch
103 hat mit Vorurteilen und Rassismus zu kämpfen. Es kommt leider immer wieder vor, dass
104 polizeiliche Kontrollen nicht aufgrund von Verdachtsmomenten erfolgen, sondern allein
105 aufgrund bestimmter körperlicher Merkmale einer Person, wie etwa der Hautfarbe (Racial
106 Profiling).

107 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen wir für grundrechtskonforme Polizeiarbeit, wirksame
108 Gefahrenabwehr und Verbrechensbekämpfung auf dem Boden des Grundgesetzes und der
109 Prinzipien

109 von Rechtsstaatlichkeit. Darum muss jede Befugnis zum Grundrechtseingriff genauestens
110 geprüft und transparent evaluiert werden. So setzen wir uns für ein Ende der
111 verdachtsunabhängigen Kontrollen ein und fordern, dass sogenanntes „polizeiliches
112 Erfahrungswissen“ niemals die einzige Begründung für eine Polizeimaßnahme sein darf. In
113 beiden Konstellationen werden allzu oft gesellschaftliche Diskriminierungsformen
114 reproduziert. Denn polizeiliche Handlungen und polizeiliches Erfahrungswissen entstehen
115 nicht im luftleeren Raum. Gerade wenn wir einer Institution wie der Polizei übergeordnete
116 Befugnisse zugestehen, müssen wir auch verlangen, dass Maßnahmen immer an konkreten

117 Anhaltspunkten festgemacht werden. Aus diesem Grund lehnen wir auch jegliche Form von
118 eventuellen Zielvorgaben bzw. -quoten für grundrechtsrelevante Eingriffsmaßnahmen ab.
119 Generell sollten polizeiliche Maßnahmen in allgemeiner Form der Öffentlichkeit erklärt und
120 insbesondere den Betroffenen gegenüber transparent begründet werden. Die Betroffenen sollen
121 im Falle direkter Maßnahmen auf Wunsch einen schriftlichen Beleg erhalten können.

122 **Gegen falsche technologische Propheten - für den Datenschutz!**

123 Technologiefirmen suggerieren, dass ein Mehr an beliebigen Daten auch zu einem größeren
124 Erkenntnisgewinn und damit zu mehr Sicherheit führen würde. Dabei greift die exzessive
125 Sammlung von Daten in grundlegende Freiheitsrechte ein und begünstigt potentiellen
126 Missbrauch mit diesen Daten. Zudem soll die oft nicht ausreichende Zahl besetzter
127 Polizeistellen in vielen Bereichen mit neuen technischen Entwicklungen ausgeglichen werden.
128 Dabei wird unterschlagen, dass diese Technologien ebenfalls viel Geld kosten und Personal
129 benötigen. Diesem Trend stellen wir uns grundsätzlich entgegen.

130 Kameras und Gesichtserkennung

131 Verstärkt sollen vor allem Kameras zu mehr Sicherheit führen. Dabei können Kameras
132 nachgewiesenermaßen nicht zur Verhinderung von Straftaten beitragen. Kameras haben keinen
133 Effekt auf Straftaten, die im Affekt begangen werden. Sie begünstigen möglicherweise sogar
134 Täter*innen, die bewusst gefilmt werden möchten, wie manche Selbstmordattentäter*innen,
135 und
136 es kann angenommen werden, dass sie einen Verdrängungseffekt in andere Gegenden zur Folge
137 haben. Videoaufnahmen können lediglich zur Aufklärung von Straftaten eingesetzt werden.
138 Selbst dort, wo Videoaufnahmen bereits exzessiv eingesetzt werden, hat sich die
139 Aufklärungsquote nicht signifikant erhöht. Hinzu kommt, dass eine dauerhafte Überwachung
140 von
141 bestimmten Bereichen einen großen Grundrechtseingriff darstellt, der unserer Ansicht nach
142 nicht mit dem mangelhaften Ergebnis gerechtfertigt werden kann. Einen noch sehr viel
143 schwerwiegenderen Grundrechtseingriff stellen Projekte der Gesichtserkennung und
144 Verhaltensanalyse via Videoüberwachung dar. Diese lehnen wir grundsätzlich ab, da sie massiv
145 in Grundrechte eingreifen, und fordern ihr Verbot. Diese Technologien beeinträchtigen die
146 Freiheit unbedarfter Handlungen, persönlicher Gedanken und Emotionen im öffentlichen Raum.
147 Zudem sind diese Technologien aktuell ungenau, können menschliche Vorurteile reproduzieren
148 sowie falsche Schlüsse ziehen und bringen Unverdächtige in Rechtfertigungssituationen
149 gegenüber fehlerhafter Technologie.

148 Bei polizeilichen Videoaufzeichnungen jeglicher Art muss eine beweissichere Aufbewahrung
149 sichergestellt sein. Schnitte und andere Veränderungen müssen besonders befugten Personen
150 vorbehalten bleiben und technisch jederzeit nachvollziehbar sein. Die unbearbeiteten
151 Originale dürfen bis zum Abschluss etwaiger Verfahren nicht gelöscht werden können.

152 Den Einsatz von Bodycams lehnen wir nach jetzigem Kenntnisstand ab. Von den zwei
153 grundsätzlich zu unterscheidenden Varianten setzen beide grundlegende Eingriffe in die
154 Privatsphäre voraus. Bei der einen Variante entscheiden nur die jeweiligen Polizist*innen,
155 ob Aufnahmen gespeichert werden. Betroffene haben keine Möglichkeit, sich davor zu schützen.

156 Die zweite Variante, bei der sich die
157 Kamera dauerhaft im Aufnahmemodus befindet, stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die
158 Privatsphäre der Aufgenommenen dar und könnte Menschen von der Ausübung ihrer Meinungs-
und
159 Versammlungsfreiheit abschrecken. Für beide Varianten ist nicht geklärt, wie die
160 aufgenommenen Daten so gesichert werden könnten, dass sie nicht für Dritte zugänglich sind
161 und sich zugleich nicht ausschließlich in der Verwahrung der Polizei befinden. Als eine
162 Partei, die für evidenzbasierte Politik eintritt, werden wir jedoch die Ergebnisse der
163 Bodycam-Modellversuche in verschiedenen Bundesländern sorgfältig auswerten und unsere
164 bisherigen Annahmen dahingehend überprüfen.

165 Darüber hinaus muss es allen Menschen stets möglich sein, Polizeieinsätze mit eigenen
166 Kameras zu dokumentieren. Dieses Recht darf nicht unter Berufung auf Persönlichkeitsrechte
167 der Polizistinnen und Polizisten oder auf den strafrechtlichen Schutz der Vertraulichkeit
168 des Wortes ausgehebelt werden.

169 Predictive Policing

170 Neben der Vorverlagerung des Gefahrenbegriffs arbeiten seit einigen Jahren sowohl einige
171 Landesregierungen als auch Polizeibehörden daran, mittels des sogenannten Predictive
172 Policing Straftaten vorzubeugen. Auch diesem Trend stehen wir äußerst kritisch gegenüber.
173 Systeme, die Daten einer diskriminierenden Gesellschaft auswerten, können nicht neutral
174 arbeiten und reproduzieren damit
175 letztendlich gesellschaftliche Diskriminierungsmuster. Daher müssen sich Predictive-
176 Policing-Ansätze auf öffentlich zugängliche und nicht-personalisierte Daten beschränken. Und
177 selbst dann ist klar, dass Predictive Policing nicht die oben beschriebenen, grundlegenden
178 Maßnahmen im Bereich der Prävention ersetzen kann. Für uns ist klar: Straftaten lassen sich
179 nicht durch Algorithmen verhindern, sondern nur durch echte, nachhaltige Präventionsarbeit.

180 Datenschutz

181 Datenschutz ist Grundrechtsschutz. Wir stehen für eine Polizeiarbeit, die diesen Wert
182 versteht und achtet. Mit Blick auf zunehmende Datensammlungen bei Polizeibehörden ist es
183 nicht nur wichtig, deren Begrenzung konsequent umzusetzen, sondern zudem mehr in die
184 Datensicherheit zu investieren. Eine
185 Digitalisierung der Polizeiarbeit muss an den Grundsätzen von Datenschutz, insbesondere der
186 Verhältnismäßigkeit und Datensparsamkeit, sowie der Datensicherheit ausgerichtet sein. Dazu
187 gehört auch, das Löschen von nicht mehr benötigten oder veralteten Daten als Teil
188 professioneller Polizeiarbeit zu sehen und konsequent anzuwenden. Daten aus
189 Sicherheitslücken zu sammeln und diese bewusst offenzuhalten, lehnen wir grundsätzlich ab.
190 Betroffene müssen über eine Speicherung proaktiv informiert werden, insbesondere, wenn die
191 Polizei nach Freispruch oder Verfahrenseinstellung weiterhin Daten über einen Vorgang
192 speichern will oder wenn personenbezogene Hinweise mit stigmatisierender Wirkung
aufgenommen
193 werden sollen. Eine effektive Datenschutzkontrolle und -durchsetzung durch die
194 Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder muss sichergestellt werden. Außerdem
195 dürfen polizeiliche Daten nicht auf Servern kommerzieller Unternehmen gelagert werden.

196 **Grundlegende Strukturen stärken**

197 Statt zu versuchen, mit weiteren Technologien das aufzuholen, was in der Personal- und
198 Organisationspolitik versäumt wurde, gehen wir die Grundlagen polizeilicher Arbeit an, um
199 Arbeitsbedingungen zu verbessern und so auch sich wiederholende Probleme zu minimieren:

200 1. Oft sind lange Schichten und wenige Pausen Polizeialltag. Dies ist insbesondere bei
201 Bereitschaftseinheiten, die auf Demonstrationen eingesetzt werden, der Fall. Hier müssen
202 mehr Personal und eine weniger personalintensive Herangehensweise an Demonstrationen
203 Abhilfe
204 schaffen.

204 2. Damit polizeiliches Handeln in allen Teilen der Gesellschaft Vertrauen genießen und
205 akzeptiert werden kann, ist eine Transparenz dieses Handelns erforderlich. Dafür bedarf es
206 endlich einer ehrlichen Fehlerkultur in der Polizei. Dazu gehört, dass aus Fehlern gelernt
207 werden kann und Polizist*innen,
208 die offen über Fehler sprechen, nicht ausgegrenzt werden. Außerdem ist eine Stärkung der
209 psycho-sozialen Betreuung sowie Supervisionsangebote – insbesondere nach belastenden
210 Einsätzen – notwendig. Polizist*innen sollen zudem nicht dauerhaft in Brennpunktgebieten
211 eingesetzt werden, damit sich Einstellungsmuster gegenüber bestimmten Gruppen nicht
212 herausbilden bzw. verfestigen können. Dazu bedarf es neben den oben genannten Maßnahmen
213 einer regelmäßigen Personalrotation.

214 3. Viel zu oft ist es nach Maßnahmen unmöglich, einzelne Polizist*innen rechtlich zu
215 belangen. Darum braucht es zum einen endlich für alle Polizeien eine Kennzeichnungspflicht.
216 Zum anderen müssen sowohl Polizist*innen als auch Nicht-Polizist*innen bei unabhängigen
217 Polizeibeauftragten mit
218 Ermittlungsbefugnis die Möglichkeit haben, Fehlverhalten und Probleme zur Sprache zu
219 bringen.

220 4. Die Polizei ist aktuell nicht das Abbild unserer Gesellschaft, den Themen Rassismus und
221 Diversity wird in der Polizeiausbildung und der täglichen Arbeitsweise zu wenig Gewicht
222 eingeräumt. Sie müssen Teil einer Gesamtstrategie werden. Die Enthüllungen in den letzten
223 Jahren zeigen, dass sich in Teilen der
224 Polizei offenbar rechte, rassistische und gewaltbereite Strukturen entwickelt haben. Durch
225 diese Phänomene gehen der Polizei wichtige Teile gesellschaftlicher Akzeptanz und Wissen
226 verloren, das vor Ort helfen würde. Dies liegt auch daran, dass diese männlich und weiß
227 geprägte Institution von Insidern in dieser Form verteidigt wird. Hier müssen wir an den
228 Grundpfeilern, insbesondere in der Ausbildung ansetzen. Um für mehr Diversität bei den
229 Polizeikräften zu sorgen, müssen Polizeianwärter*innen aus weniger stark repräsentierten
230 Gruppen aktiv angesprochen und gefördert werden.

231 **Verfassungsschutz und MAD**

232 Durch die Geschichte von Verfassungsschutz und MAD zieht sich ein roter Faden an Skandalen.
233 Ob NSU, Breitscheidplatz oder Hannibal, diese Skandale sind mehr als Einzelfälle. Sie sind
234 vielmehr strukturell bedingt. Diese strukturellen Probleme lassen sich auch nicht mittels
235 kleiner Reförmchen lösen. Allein schon aufgrund der Tatsache, dass sich Verfassungsschutz
236 und MAD jeglicher ernstzunehmender
237 parlamentarischer Kontrolle entziehen, wird klar, dass Skandale nie ganzheitlich
238 aufzuarbeiten sind. Verfassungsschutz und MAD müssen deswegen abgeschafft werden. Wir
239 fordern einen Paradigmenwechsel mit folgenden Maßnahmen:

240 1. Bisher arbeiten Verfassungsschutz und MAD anhand der Extremismustheorie. Dabei reicht ein
241 Blick in die gängige wissenschaftliche Literatur um festzustellen, dass „Links“ und „Rechts“
242 nicht gleichzusetzen sind. Wir brauchen vielmehr im gesamten Sicherheitssystem eine Reform
243 hin zur Arbeit an konkreten Phänomenbereichen wie rassistischer, antisemitischer oder
244 LSBTIQ*- feindlicher Gewalt.

245 2. Der öffentliche Teil der Analysen vom Verfassungsschutz ist an den konkreten politischen
246 Agenden ausgerichtet. Darum wird auch keine Transformation in eine neue Behörde dieses
247 Problem lösen. Wissenschaftliche Institutionen, die wirklich unabhängig sind und deren
248 ausreichende Finanzierung gesetzlich geregelt ist, können hier wesentlich konkreter arbeiten
249 und langfristig wertvolle Analysen
250 liefern, sofern keinerlei personelle Überschneidung mit den alten Ämtern für
251 Verfassungsschutz besteht.

252 3. Der kleine Bereich der Gefahrenabwehr, der sich noch nicht mittels konkreter
253 Strafverfolgung und regulärer Polizeiarbeit verfolgen lässt, sollte von Spezialeinheiten mit
254 umfassender wissenschaftlicher Beratung erledigt werden, deren Einsatz sowohl richterlichem
255 Vorbehalt als auch ganzheitlicher
256 parlamentarischer Kontrolle unterliegt. Dies schließt ein, dass sich die Mitglieder der
257 parlamentarischen Kontrollgremien im Bund und in den Ländern vernetzen und austauschen
258 können müssen. Mit den derzeitigen Geheimhaltungsvorschriften ist dies nicht möglich, was
259 eine effektive parlamentarische Kontrolle insbesondere bei länderübergreifenden Maßnahmen
260 erschwert.